

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Montag, den 16. September 1918.

25. Jahrg.

Ein Schritt zum Frieden.

Oesterreich-Ungarn ladet alle kriegsführenden Mächte zu einer unverbindlichen Aussprache ein.

W.B. Wien, 14. September.

Am 14. wird verlautbart:
Eine objektive gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse aller kriegsführenden Staaten läßt keine Zweifel mehr darüber bestehen, daß alle Völker, auf welcher Seite sie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeiführen. Trotz dieses natürlichen und begreiflichen Wunsches nach Frieden ist es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die geeignet wären, die Friedensbestrebungen ihrer Verwirklichung näher zu bringen und die Luft, die die Kriegsführenden gegenwärtig noch voneinander trennt, zu überbrücken. Es müssen daher wirksamere Mittel und Wege in Erwägung gezogen werden, durch die den verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit geboten werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten einer Verständigung zu überprüfen. Der erste Schritt, den Oesterreich-Ungarn einvernehmlich mit seinen Bundesgenossen zur Herbeiführung des Friedens am 12. Dezember 1916 unternommen hat, führte nicht zu dem gehofften Ende. Die Gründe hierfür lagen wohl in den damaligen Verhältnissen. Um die im letzten Abnehmen begriffene Kriegslust ihrer Völker aufrecht zu erhalten, hatten die alliierten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Erörterung des Friedensgedankens mit den strengsten Mitteln unterdrückt, und so kam es, daß der Boden für eine friedliche Verständigung nicht entsprechend vorbereitet war. Es fehlte der natürlichen Überbrückung von der wilden Kriegsbegeisterung zur Vernunft. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß unter damaliger Friedenssicht dennoch ganz ergebnislos blieb. Seine Früchte bestanden eben in jener nicht zu übersehenden Erscheinung, daß die Friedensfrage seither nicht von der Tagesordnung verschwunden ist. Und wenn auch die vor dem Tribunal der Öffentlichkeit geführten einschlägigen Diskussionen gleichzeitig Beweise von den nicht geringen Gegenständen sind, welche die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffassung über die Friedensbedingungen heute noch trennen, so hat sich doch eine Atmosphäre gebildet, welche die Erörterung des Friedensproblems nicht mehr ausschließt. Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Versicherungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens soviel konstatiert werden, daß der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen und den Krieg nicht ausschließlich durch die Macht der Waffen zur Entscheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten — bis auf einige gewiß nicht gering einzuschätzende Ausnahmen von verblendeten Kriegsbeherrschern — allmählich doch durchzudringen beginnt.

Die k. u. k. Regierung ist sich dessen bewußt, daß nach den tiefgehenden Erschütterungen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges verursacht wurden, die insanken gebrachte Weltordnung nicht mit einem Schlage wieder aufgerichtet werden können. Mühsam und langwierig ist der Weg, der zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den durch Haß und Erbitterungen getrennten Völkern führt. Doch ist es unsere Pflicht, den Weg der Verhandlungen zu betreten. Und wenn es auch heute noch solche verantwortlichen Faktoren gibt, die den Gegner militärisch niederringen und ihm den Willen des Siegers aufzwingen wollen, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieses Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar ist, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Voraussetzung hätte. Die für sämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik würde aber auch ein späterer Siegesfriede nicht mehr gutmachen können. Nur ein Friede, der die heute noch auseinandergehenden Auffassungen der Gegner in einer gerechten Weise ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern ersehnte dauernde Friede sein. In diesem Bewußtsein und unentwegt bemüht, im Interesse des Friedens tätig zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor, um eine direkte Aussprache zwischen den einander feindselig gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen. Der erste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogener Staaten, die unleugbare Annäherung in einzelnen kontroversen Fragen, sowie die allgemein verhältnismäßigere Atmosphäre scheinen der k. u. k. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener neuerlicher Schritt, der auch den auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblicke die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschlossen, allen Kriegsführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im

freien Gedankenaustausch

gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die k. u. k. Regierung die Regierungen aller kriegsführenden Staaten zu einer

vertraulichen und unverbindlichen Aussprache

an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet.

Mit einer Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hierbei an das dem Frieden zugewandene Interesse des Papstes appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche verständigt. Das stets enge Einvernehmen, welches zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, bietet die Gewähr dafür, daß die Verbündeten Oesterreich-Ungarns, an welche der Vorschlag gleicherweise ergeht, die in der Note entwickelte Auffassung teilen.

Das Friedensangebot, das die Mächte des Verbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen verständliche Grundgedanken sie niemals angegeben haben, bedeutet trotz

der Ablehnung, die es erfuhr, einen wichtigen Abschnitt der Geschichte dieses Krieges.

Zum Unterschiede von den ersten 2½ Kriegsjahren ist von diesem Augenblicke an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Weltöffentlichkeit gestanden und hat sie seither in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht.

Der Reihe nach haben fast alle kriegsführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einheitliche und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage, und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis hat sie wenigstens bisher nicht geführt.

Immerhin kann, unabhängig von allen diesen Schwankungen, festgestellt werden, daß der Abstand der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringerte, daß sich trotz des unüberwundenen Fortbestehens entschiedener, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchen der extremsten konkreten Kriegsziele zeigt und eine gewisse Übereinstimmung betreffs der allgemeinen Grundprinzipien des Weltfriedens manifestiert.

In beiden Lagern ist in breiten Bevölkerungsschichten ein Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens unzweifelhaft wahrzunehmen. Auch ein Vergleich der seitherigen Auffassung des Friedensvorschlages der Verbundmächte bei ihren Gegnern mit späteren Versicherungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren, wie auch von nichtverantwortlichen, aber politisch keineswegs einflusslosen Persönlichkeiten bestätigt diesen Eindruck.

Während beispielsweise noch in der Antwort der Alliierten an Präsident Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Festfesselung Oesterreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und tiefgehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Vernichtung des europäischen Besitztandes der Türkei hinausgingen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hätte, in manchen Erklärungen amtlicher Stellen der Entente modifiziert oder zum Teil fallen gelassen.

So erkannte in einer vor fast einem Jahre im englischen Unterhause abgegebenen Erklärung Mr. Balfour ausdrücklich an, daß Oesterreich-Ungarn keine inneren Probleme selbst lösen müsse, und daß niemand von außen her Deutschland eine Verfassung auferlegen könne. Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieses Jahres, daß es nicht zu dem Kampfsziele der Alliierten gehöre, Oesterreich-Ungarn zu zerteilen, das ottomanische Reich seiner türkischen Provinzen zu berauben und Deutschland im Innern zu reformieren. Als symptomatisch kann auch gelten, daß Minister Balfour im Dezember 1917 kategorisch die Annahme zurückwies, die englische Politik hätte sich jemals für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den karschteinischen Gebieten Deutschlands engagiert.

Die Grundtendenzen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einem Verteidigungskampf um die Unversehrtheit und Sicherheit ihrer Gebiete führen.

Weit ausgeprägter als auf dem Gebiete der konkreten Kriegsziele ist die Annäherung der Auffassungen hinsichtlich jener Richtlinien gediehen, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden soll.

Präsident Wilson hat in dieser Richtung in seinen Reden vom 12. Februar und vom 14. Juli dieses Jahres Grundzüge formuliert, die bei seinen Alliierten nicht auf Widerspruch gestoßen sind, und deren weitgehende Anwendung auch auf Seiten der Verbundmächte keinem Einwande begegnen dürfte, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit den Lebensinteressen der betreffenden Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Übereinstimmung in den allgemeinen Grundzügen nicht genügt, sondern es sich weiter darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden. Für einen unbefangenen Beobachter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen kriegsführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunsch nach einem Frieden der Verständigung gewaltig verstärkt ist, daß sich immer mehr die Auffassung Bahn bricht, eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müsse Europa in eine Trümmerstätte verwandeln und in einen Zustand der Erschöpfung versetzen, der seine Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür bestünde, durch sie jene Entscheidung durch die Waffen herbeizuführen, die von beiden Seiten in vier Jahren voll ungeheure Opfer, Leiden und Anstrengungen vergeblich angestrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weise kann aber eine Verständigung angebahnt und schließlich erzielt werden? Besteht irgendeine ernste Aussicht, durch die Fortführung der Diskussion über das Friedensproblem in der bisherigen Art zu diesem Ziele zu gelangen? Bessere Frage haben wir nicht den Mut zu bejahen. Die Diskussion von einer öffentlichen Tribüne zur anderen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder stattgefunden hat, war eigentlich nur eine Serie von Monologen. Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit. Rede und Gegeneinander greifen nicht ineinander ein, Sprecher sprachen aneinander vorbei. Andererseits war es die Distanzhaftigkeit und der Boden dieser Auseinandersetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbareren Fortschreitens taubten. Bei allen öffentlichen Kundgebungen dieser Art wird eine Form der Berechtigung angewendet, die mit der Wirkung auf große Distanz und auf die Massen rechnet. Demnach vergrößert man, aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegnerischen Auffassung, erzwangt Mißverständnisse, die Wurzel fassen und nicht beseitigt werden, und erschwert den inermittlichen, einfachen Gedankenaustausch. Jede Kundgebung der Verbundmächte, Staatsmänner wird, wie sie stattgefunden hat und

auch ehe die zuständigen Stellen der Gegenseite darauf erwidern könnten, zum Gegenstande einer leidenschaftlichen oder übertriebenden Besprechung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlaßt die Besorgnis, die Interessen der Kriegsführung durch ungünstige Beeinflussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu verraten, zum Anschlagen hoher Töne und zum festen Festhalten an extremen Standpunkten.

Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verständigung, die die Katastrophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes von Europa abzuwenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andere Methode zu wählen, die eine unmittelbare mündliche Erörterung zwischen den Vertretern der Regierungen und nur zwischen ihnen ermöglicht.

Den Gegenstand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegnerischen Auffassungen der einzelnen kriegsführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnis der Staaten zueinander als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlauf der Besprechungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden und damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf Seiten keines der Kriegsführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gedankenaustausch vorliegen werde. Die Kriegshandlungen erfüllen keine Unterbrechung, die Besprechungen gingen auch nur soweit, als sie von den Teilnehmern für ausschütend gehalten würden. Für die vertretenen Staaten könnten daraus keine Nachteile erwachsen, weit entfernt zu schaden, müßte ein solcher Gedankenaustausch für die Sache des Friedens nur von Nutzen sein. Was das letztere nicht gelingt, kann wiederholt werden und hat vielleicht mindestens schon zur Klärung der Auffassungen beigetragen.

Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbruch bringen, Ströme von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit würden sich lösen, in deren Wärme alles Wesentliche bestehen bliebe, dagegen manches Gegenwärtige verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigegeben wird.

Nach unserer Überzeugung sind alle Kriegsführenden es der Menschheit schuldig, gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt nach so viel Jahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weist, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen. Die k. u. k. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegsführenden Staaten vorschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkt, worüber man nach Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekannt zu geben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürften, zu erbitten und zu erteilen.

Die k. u. k. Regierung beehrt sich, die Regierung von . . . durch die geeignete Vermittlung Eurer Excellenz zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung von . . . bringen zu wollen.

Dieser Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung, der die kürzlich erfolgte Anregung des dortigen Außenministers Grafen Burian zur Tat werden ließ, wird trotz mancherlei Bedenken von allen Friedensfreunden auf das wärmste begrüßt werden. Das Tor des Friedens ist noch immer fest verschlossen. Aussicht darauf, daß es mit einem Griff geöffnet wird, ist nicht vorhanden, da die Besitzer der Schlüssel sich beharrlich weigern, sie herauszugeben. Da bleibt nun nichts anderes übrig, als auf dem langwierigen und schwierigen Wege der Sprengung des Tores in das Friedensland zu gelangen. In allen Ländern sind diejenigen, die an dieses Tor rütteln, am Werke, nicht zum wenigsten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Haben sie auch greifbare Resultate noch nicht aufzuweisen, so sind sie trotzdem schon ein gut Stück auf diesem Wege vorwärts gekommen. Die Zahl der Stürmer wächst; die Völker beginnen zu erwachen. Allmählich dämmert in ihnen das Bewußtsein ihrer allgewaltigen Macht und Kraft; jenes Bewußtsein, das auch das Friedensstor sprengen und dem furchtbaren Norden ein Ende bereiten wird. Eine willkommene Helferin ist nun den Friedensfreunden in der österreichisch-ungarischen Regierung als Verfasserin und Abfenderin der vorstehenden Note, entstanden. Die Regierung ladet in derselben alle kriegsführenden Nationen zu einer informatorischen Besprechung ein. Jetzt haben die Gegner der Mittelmächte Gelegenheit, zu zeigen, ob sie auch einer unverbindlichen Aussprache, die vielleicht zum Frieden führt, ausweichen, ob sie ihr gewaltiges Blutkonte in diesem entsetzlichen Norden noch vergrößern wollen. Jetzt muß die Entente endgültig Farbe bekennen.

Ein getreues Bild

der neuesten Modeschöpfungen welche der Herbst bringt zeigt meine groß angelegte Abteilung

Damen-Bekleidung!



Große Auswahl-gediegene Verarbeitung-besondere Preiswürdigkeit sind die markantesten Merkmale dieser Abteilung.

Kaufstadt Lübeck

Bekanntmachung betreffend die Verlegung der Lebensmittelkarten-Ausgabestelle.

Die Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen befindet sich vom Montag, dem 15. September 1918 an im Rathause in den Räumen der Börse, Eingang vom Markt.

Lübeck, den 11. September 1918. Das Polizeiamt.

Am 15. September werden die Geschäftsstellen der Zentrale vom Roten Kreuz, der Abteilung für Hauspflege, der Kleiderkammer für Kriegerfrauen und der Nähstube vom Roten Kreuz von St. Annenstraße 2 nach

Schildstraße 10 I. verlegt. J. 987.

Geschäftsfunden der Zentrale wie bisher werktäglich von 10-1 Uhr, der Abteilung für Hauspflege Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 10-1 Uhr.

Nach längerem schwerem Leiden entschlief Montag früh 1 Uhr sanft und ruhig in seinem 78. Lebensjahre unser lieber Vater und Schwiegervater

Fritz Röpke.
Dies beklauert von den Hinterbliebenen. (4436)
Albert Welland u. Frau geb. Röpke.
Lübeck, Friedenstr. 75.
Beerdigung am Donnerstag um 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Borwerter Friedhofes aus.

Sonnabend starb infolge Unglücksfalles unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel. (4434)
Dies beklauert von
C. Husfeldt sen. und Familie.
Lübeck, 16. Sept. 1918.

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

Am Sonnabend verstarb unser alter Genosse
Fritz Röpke.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag nachmittag 2 1/2 Uhr auf dem Borwerter Friedhofe. Die Mitglieder sammeln sich bis 2 Uhr am Eingang.
4437 Der Vorstand.

Zu kaufen gesucht (4429)
Haushandstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25.
Telephon 2430.

Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (4430)
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher,
Breite Strasse 54 und Lüstr. 71.

Neueintragung
in die
Kartoffelkundenliste
erbeten. (4433)
S. Ohlsson, Marlistr. 39.

Buchenabfallholz
haben abzugeben. (4432)
F. E. Schacht & Co.,
Moistinger Allee 39.

Hansa-Theater.
Montag und Dienstag:
Schwarzwaldmädel.
Operette von Leon Jessel.

Feldpostkartenbriefe
sind vorrätig.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Achtung! Schauerleute!

Versammlung
am Donnerstag, 19. September
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52
Tagesordnung:
Die Erhöhung unserer
Affordpositionen.
Das Erscheinen der Kollegen
ist dringend notwendig.
4427) Der Vorstand.

